



HESSISCHER LANDTAG

17. 01. 2023

Plenum

Antrag

Fraktion der SPD

Arbeitsplätze sichern, Tradition bewahren – Die Landesregierung muss Binding retten!

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag unterstreicht die Bedeutung der Binding-Brauerei als hessisches Traditionsunternehmen, welches das Frankfurter Stadtleben seit 1870 nachhaltig (mit-)geprägt hat und für die Identität der Stadt Frankfurt von weitreichender Bedeutung ist.
2. Der Landtag solidarisiert sich mit den von der angekündigten Schließung der Binding-Brauerei betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und sichert diesen seine Unterstützung zu. Insbesondere unterstreicht der Landtag seine Absicht, auf eine tragfähige Zukunftsperspektive des Binding-Standorts Frankfurt hinzuwirken und hierzu geeignete Schritte einzuleiten.
3. Der Landtag fordert den Radeberger-Konzern / Dr. Oetker-Gruppe als Mutterunternehmen der Bindung-Brauerei auf, die im Herbst 2022 getroffene Entscheidung kritisch zu überprüfen, wonach die Binding-Brauerei am Standort Frankfurt im Oktober 2023 geschlossen werden soll. Insbesondere fordert der Landtag den Radeberger-Konzern / Dr. Oetker-Gruppe auf, die diesbezüglich angekündigte, schrittweise Verlagerung des Produktions- und Abfüllbetriebs an Schwesterstandorte nochmals neu zu bewerten und eine alternative Lösung im Sinne der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Binding-Brauerei zu erarbeiten.
4. Der Landtag unterstützt die Forderungen nach einem Erhalt der Binding-Brauerei nach dem Vorbild früherer Unterstützungsmaßnahmen für hessische Traditionsunternehmen wie im Falle der Höchster Porzellanmanufaktur. Vor diesem Hintergrund begrüßt der Landtag ausdrücklich entsprechende Forderungen aus Kreisen der Gewerkschaften und Interessensvertretungen.
5. Der Landtag missbilligt die bisherige Untätigkeit der Landesregierung in Hinblick auf die Schaffung einer tragfähigen Zukunftsperspektive der Binding-Brauerei. Der Landtag unterstreicht, dass sich das politische Handeln der Landesregierung hierbei nicht auf das Ausdrücken des Bedauerns über die Situation beschränken darf.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich mit den Beschäftigten zu solidarisieren und darauf hinzuwirken, eine Schließung des Binding-Standorts Frankfurt abzuwenden. Insbesondere unterstreicht der Landtag die besondere Verantwortung des Hessischen Ministerpräsidenten, Boris Rhein, sowie des Hessischen Wirtschaftsministers, Tarek Al-Wazir, sich persönlich für die Rettung des Standorts einzusetzen und mit Nachdruck alle politischen Möglichkeiten zu evaluieren, mit denen eine Schließung verhindert werden kann.
7. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, zeitnahe Gespräche mit allen beteiligten Vertreterinnen und Vertretern vor Ort zu suchen und ein Konzept vorzustellen, welches den Sorgen der rund 150 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Rechnung trägt und eine Lösung im Sinne der Beschäftigten ermöglicht.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 17. Januar 2023

Der Fraktionsvorsitzende:
Günter Rudolph